



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**29. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.11.2022	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:57 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Dr. Marek Lengen - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - CDU		Vertretung für: Herrn Oliver Prieur Fraktionsvorsitzender
Henning Stabe - CDU		
Christian Steen - SPD		Vertretung für: Frau Sandra Odendahl
Dr. Werner Vieler - AfD		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP		Vertretung für: Herrn Dr. Axel Walther
Volker Krause - BfL		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Volker Nehrhoff - CDU		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Mara-Lena Zeplin - fraktionslos		
Étienne André Klenz - CDU		Vertetung für Herrn Dr. Grohmann
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Behindertenbeirat		
<b>Verwaltung</b>		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung		
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen		
Matthias Wulf - Soziale Sicherung		
Inga Marsch - 2.530 Gesundheitsamt		

Anke Seeberger - 2.000.2 Stabsstelle Integration	
Ulrike Tietz - 2.530 Gesundheitsamt	
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	Zu TOP 4.1 ab 16:35 h bis 16:53 h
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	bis TOP 6.1 ; 17.40 h
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Diana Kuchenbecker -	DIE BRÜCKE
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Dr. Carsten Grohmann - CDU	entschuldigt
Sandra Odendahl - SPD	entschuldigt
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Dr. Axel Walther - FDP	entschuldigt
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.11.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Stellv. berat. AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 2)	<b>VO/2022/11592</b>
3.2	Allgemeine Information zur Arbeitssituation im Bereich Soziale Sicherung	
4	Berichte	
4.1	Jahresbericht 2020 / 2021 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2022/11486</b>
4.2	Projektstand und Dokumentation des Projektes "Förderung der psychischen Gesundheit in Schulen in der Stadt Lübeck"	<b>VO/2022/11640</b>
4.3	Zwischenbericht "Lübecker Kriseninterventionsdienst"	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Fraktion Vielfalt, Freie Wähler & GAL, Die Unabhängigen, FDP Fraktion: AT - Stelle für Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus	<b>VO/2022/11495-02</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Christian Steen und Herrn Étienne André Klenz mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen. Für den nichtöffentlichen Teil werden Frau Timmermann und Herr Blank von der Verwaltung als Teilnehmende zugelassen.

Der Ausschuss entscheidet einstimmig.

Herr Dr. Lengen verweist auf den TOP 4.3 der Nachtragstagesordnung und gibt folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Er erläutert, dass TOP 7.1 auf der Tagesordnung richtigerweise als Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft unter TOP 6.1 einzuordnen ist.

Er erläutert ferner, dass zu TOP 4.1 Frau Reichel noch erwartet wird und ggf. der TOP zurückgestellt werden sollte, wenn Frau Reichel noch nicht anwesend ist.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig vom Ausschuss beschlossen.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.11.2022**

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales stimmt mehrheitlich der Niederschrift in der vorliegenden Fassung mit 12 ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Herr Müller-Lornsen erfragt, was mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Sondersitzung zur SIE am 17.11.2022 nun geschehen ist. Der Vorsitzende erläutert, dass dieser vertrag wurde und zur nächsten Sondersitzung „HGH“ wieder auf die TO genommen wird.

## **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 Stellv. berat. AM Marco Sander: Fragenkatalog zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 2)  
Vorlage: VO/2022/11592**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiter wachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." <sup>1</sup>

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird <sup>2</sup>. Und dies alles vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonalmangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft <sup>3</sup>.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInneneinrichtungen (folgend SIE genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- "Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.
- "Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- "Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- "Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.

- "Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung für ein bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." <sup>4</sup>

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)

II. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)

III. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)

IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).

## Teil 2

II. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)

- Wie werden die SIE für potentielle Bewohnende attraktiv und zielgruppen-/adressat:inngerecht "beworben"?
- Laut Daten der AOK Nordwest gab es in der Hansestadt Lübeck (Stand Ende 2019) 112 Plätze für Kurzzeitpflege, wobei die jeweiligen Plätze als knapp beschrieben werden<sup>5</sup>. Als Empfehlung/Ideenanregung der Pflegekonferenz und der diesbezüglichen Workshop-Ergebnisse 2019 wird eine solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung genannt, die es in Lübeck bisher noch nicht gibt <sup>6</sup>.
  - Wie viele (potentiell) Pflegebedürftige haben in der Hansestadt Lübeck in 2021 wie viele Tage an Kurzzeitpflege in Anspruch genommen? Wie viele davon jeweils auf eingestreuten Plätzen und wie viele in solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen?
  - Gibt es Bestrebungen hinsichtlich der Schaffung einer solitären Kurzzeitpflegeeinrichtung für die und seitens der Hansestadt Lübeck?
- Gibt es Überlegungen hinsichtlich Schnittstellen-Übergängen von ambulanter und/oder stationärer Kurzzeitpflege hin zu vollstationärer Pflege? Werden weitere neue Versorgungsangebote seitens der Hansestadt Lübeck angedacht?
  - Wie gestaltet sich die diesbezügliche Zusammenarbeit mit ambulanten Pflegediensten und dem Pflegestützpunkt?
  - Ist die Initiierung eines Tagespflegeangebots und/oder ambulanten Pflegeangebotes durch die Hansestadt Lübeck (ggf. auch zur Pflegeüberleitung in die stationäre Versorgung) angedacht? Wie ist der Stand hinsichtlich der Prüfung zur Errichtung eines kommunalen Pflegedienstes nach dem Buartzorg-Mo-

dell? (s. hierzu auch Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck <sup>7)</sup>)

- Laut der Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck gibt es in eben dieser lediglich Tagespflegeangebote. Ist die Initiierung eines Nachtpflegeangebotes durch die Stadt HL angedacht?
- Bietet die Hansestadt Lübeck (über die Angebote des Pflegestützpunkts hinausgehende) Beratungs-, Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige an?
- Stand 2019 mussten laut Pflegebedarfsplanung der Hansestadt Lübeck pro Tag im Schnitt zehn Absagen auf stationäre Langzeitpflegeplätze in den SIE erteilt werden. <sup>8</sup>

Wie ist der diesbezügliche Stand für das Jahr 2021?

- Laut Pflegebedarfsplanung der Hansestadt Lübeck und der Bestrebungen des Seniorenbeirats der Hansestadt Lübeck wurden bereits Gespräche mit Wohnungsunternehmen hinsichtlich Wohngemeinschaften für Senior:innen /im Alter aufgenommen (Stichworte Initiierung von Wohngemeinschaften im vorhandenen Wohnungsbau, Wohnungsbau für Wohngemeinschaften bzw. Wohnprojekte im Rahmen von Modellprojekten) <sup>9 10</sup>.

Wie ist der diesbezügliche Stand?

- Wie häufig wurden richterliche Genehmigungen für FEM (Freiheitsentziehende/ beschränkende Maßnahmen) nach Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) § 1906 "Genehmigung des Betreuungsgerichts bei freiheitsentziehender Unterbringung und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen" in der stationären und ambulanten Altenpflege nach Kenntnis der städtischen zuständigen Abteilungen im Zeitraum von 2020 bis heute beantragt und erteilt?
- Wie häufig wurden richterliche Genehmigungen für freiheitsentziehende Unterbringungen nach Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) § 1906 "Genehmigung des Betreuungsgerichts bei freiheitsentziehender Unterbringung und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen" im Zeitraum von 2020 bis heute beantragt und erteilt? Aus welchen Gründen erfolgten diese Genehmigungen?

### III. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)

- In der Hansestadt Lübeck kommt es für Menschen mit Pflegebedarf seit Jahren zu einer absehbaren Unterversorgung. So kann beispielsweise die auf dem Priwall in Lübeck-Travemünde wohnende Bevölkerung aufgrund der Kosten der Priwallfähre sowie des Herrentunnels nicht von ambulanten Pflegediensten versorgt werden. Aufgrund dessen ist es unablässig, die in Lübeck ansässigen ambulanten Pflegedienste von den Kosten der Priwallfähre und des Herrentunnels zu befreien. Ebenso müssen in Lübeck selbst Menschen mit Pflegebedarf auf die Versorgung durch ambulante Pflegedienste warten oder bekommen zum Teil gar eine Absage dieser, da eine wirtschaftliche Versorgung kaum noch möglich ist. Zum Teil liegt dies an Fahrtzeiten, die nicht refinanziert werden. Schwierige Parkmöglichkeiten und lange Stauzeiten erschweren diesen Umstand zusätzlich. So sind beispielsweise Zufahrtsberechtigungen und Parkerlaubnisse für die Innenstadt sehr teuer. Zur Abhilfe dessen würde eine mögliche Nutzung der Busspuren

durch ambulante Pflegedienste diese entlasten, aber auch die Schaffung anderweitiger verkehrsbezogener Maßnahmen speziell für diese Dienste, wie Sonderparkrechte und Zufahrtsberechtigungen für PKW im Einsatz der ambulanten Pflege im Bereich der Altstadt sowie Durchfahrtsberechtigungen für weitere Bereiche, die einer zeitlich angemessenen und bedarfsgerechten Versorgung von Menschen mit Pflege- und/oder Hilfebedarf im Wege stehen, wie beispielsweise die Schrankanlage im Mönkhofer Weg.

Einige der aufgeführten Maßnahmen wurden in Vorgesprächen mit der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein bereits diskutiert, anschließend allerdings wieder verworfen. Was waren/sind die Gründe der Ablehnung der Maßnahmen und welche Schritte wären möglich, um die Versorgungssicherheit der Lübecker Bevölkerung in diesem Punkt wieder sicher zu stellen?

- Wie ist der Stand/ gibt es Maßnahmen hinsichtlich der Digitalisierung der SIE? Gibt es in allen Einrichtungen der SIE die elektronische Pflegedokumentation? Mit welcher Hardware wird der Zugriff auf diese ermöglicht? Werden Onlineschulungen für die Mitarbeitenden angeboten?
- Wie ist der Stand, älteren und pflegebedürftigen Menschen in den unterschiedlichen Wohn- und Betreuungsformen digitale Teilhabe und flächendeckenden Internetzugang zu ermöglichen?
- Liegen alle städtischen Senior:inneneinrichtungen und weitere Pflegeeinrichtungen in verkehrsberuhigten Zonen, bzw. wenn nein, gibt es Bestrebungen, dies umzusetzen?

Quellen:

- <sup>1</sup> Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas\\_2022.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf)
- <sup>2</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80
- <sup>3</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff
- <sup>4</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108
- <sup>5</sup> AOK Bundesverband 2019, S. 24 ff
- <sup>6</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 92
- <sup>7</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 87 ff
- <sup>8</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 38
- <sup>9</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 96
- <sup>10</sup> Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 27

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

### **zu 3.2 Allgemeine Information zur Arbeitssituation im Bereich Soziale Sicherung**

Frau Schwartz berichtet von der schwierigen Arbeitssituation in der Abteilung Materielle Hilfen (Grundsicherung). Hier „brechen“ Kolleg:innen weg, kündigen oder befinden sich auf Lehrgängen. Man versucht zusätzliches Personal zu gewinnen, was sehr schwierig ist.

Beim Wohngeld gehen die Antragszahlen merklich in die Höhe. In den letzten 3 Monaten war hier eine Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Bewerbungslage ist hier sehr gut.

Herr Müller erfragt, ob die Personalsituation nur in den beiden Teams so angespannt ist.

Frau Schwartz erklärt, dass auch in den anderen Teams der Sozialen Sicherung die personelle Situation angespannt ist, aber dies bei den Teams Wohngeld und Grundsicherung aufgrund der Aktualität und der bevorstehenden Gesetzesänderung eine besondere Rolle eingenommen hat.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 4 Berichte**

#### **zu 4.1 Jahresbericht 2020 / 2021 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2022/11486**

Dieser TOP wurde zunächst bis zur Anwesenheit von Frau Reichel zurückgestellt und wird im Anschluss an TOP 4.2 beraten.

Frau Reichel erläutert einige Inhalte zu diesem Bericht und betont, dass dieser Jahresbericht unter „Corona-Bedingungen“ entstanden ist. Auffallend ist, dass auch die Nachbarschaftsbüros für Beratungen angenommen wurden – gerade weil in Corona vieles geschlossen oder nur eingeschränkt zu erreichen war.

Frau Kuchenbecker verlässt gegen 16.40 Uhr die Sitzung.

Herr Müller erfragt, ob es nicht sinnvoll wäre das Beratungsangebot in den Nachbarschaftsbüros zu erweitern. Frau Reichel erläutert, dass es das Ziel ist, Begegnungsstätten im Quartier zu schaffen und dieses ist auch von Stadtteilen losgelöst zu betrachten.

Frau Akyurt bedankt sich für die tolle Arbeit in den Nachbarschaftsbüros, hält aber eine zusätzlich angebotene Beratung dort für eine ungewünschte Doppelstruktur. Sie erfragt, ob das Energiekrisenthema von den Besucher:innen dort bewegt wird.

Hierzu berichtet Frau Senatorin Steinrücke von einer Stadtteilkonferenz in Kücknitz und den Erfahrungen, dass dieses Thema die Menschen sehr stark bewegt hat. Frau Reichel bestätigt, dass es auch in den Nachbarschaftsbüros thematisiert wird.

Herr Candan erfragt, welche Stadtteile noch ohne Nachbarschaftsbüro sind und ob es dazu Planungen gibt.

Frau Reichel nimmt noch einmal Bezug darauf, dass es hier nicht so sehr auf die Stadtteile ankommt. Es wird da im Quartier geguckt. Es gibt bereits Planungen für ein neues Büro, welches aber noch nicht „spruchreif“ ist. Zudem erklärt sie, dass in der Zukunft auch Büros wieder geschlossen werden könnten, weil die Strukturen/Bedarfe sich verändert haben.

Herr Nehrhoff erfragt, ob auch Bürger:innen anderer Stadtteile in die Nachbarschaftsbüros kommen. Dieses wird von Frau Reichel bejaht.

Herr Wulf ergänzt, dass auch beim Armuts- und Sozialbericht nach Quartieren geguckt wird und in der Corona-Zeit ganz andere Bedarfe festgestellt wurden.

**Beschluss:**

Der Jahresbericht 2020 / 2021 der Nachbarschaftsbüros der Hansestadt Lübeck zur vorbeugenden Sozialarbeit im Gemeinwesen gibt einen Überblick über die Arbeit der Nachbarschaftsbüros, welche durch die Pandemie belastet war und sich dahingehend verändert hat.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Projektstand und Dokumentation des Projektes "Förderung der psychischen Gesundheit in Schulen in der Stadt Lübeck"  
Vorlage: VO/2022/11640**

Frau Marsch und Frau Kuchenbecker erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt.

Herr Krause bemängelt, dass nur Frauen an dem Projekt beteiligt sind. Frau Marsch erläutert, dass auf Seiten der fachlichen und persönlichen Expert:innen auch Männer beteiligt sind.

Herr Müller fragt nach, was man tun kann, damit alle Bedarfs gedeckt werden, da in der Präsentation erklärt wurde, dann man schon viele neue Anfragen hat, die man nicht alle bedienen kann.

Frau Marsch erläutert, das hierzu natürlich finanzielle Mittel notwendig sind, man aber schon eine Anschubfinanzierung gefunden hat.

Herr Dr. Lengen stellt dar, dass man mittelfristig evtl Zuschüsse dazu beantragen könnte.

Frau Zeplin erklärt wie wichtig die Arbeit ist und erfragt wie sich die angeleiteten Gruppenprojekte vorzustellen sind. Hieran wird laut Frau Marsch noch gearbeitet. Alles erfolgt aber in enger Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit.

Hierzu sprechen weiter Herrn Müller-Lornsen, Herr Müller und Herr Krause.

**Beschluss:**

Allgemeine Information über den Stand des Projektes PsyGeSchuL

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Zwischenbericht "Lübecker Kriseninterventionsdienst"**

Frau Tietz stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Zwischenbericht vor. Frau Zeplin berichtet als Betroffene von eigenen Erfahrungen und bemängelt, dass ein niedrigschwelliges Angebot während der Nachtstunden nicht ausreichend vorhanden ist und berichtet von den Erfahrungen mit der Telefonseelsorge, die in einer suizidalen Lage nicht ausreichend Hilfe bietet.

Frau Tietz stellt dar, dass auch nachts und an den Wochenenden beide großen psychiatrischen Kliniken für Kriseninterventionen telefonisch und persönlich in Anspruch genommen werden können.

Auch ein ärztlicher Bereitschaftsdienst des Gesundheitsamtes kann in akuten Gefährdungssituationen auch nachts z.B. bei Suizidalität hinzugezogen werden.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Fraktion Vilefalt, Freie Wähler & GAL, Die Unabhängigen, FDP Fraktion: AT - Stelle für Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus  
Vorlage: VO/2022/11495-02**

Frau Senatorin Steinrücke gibt einen Rückblick auf die letzte reguläre Sitzung. Sie erläutert, dass sie das Jahr 2023 nutzen möchte, um sich einen Überblick zu verschaffen, um sich die Schnittstellen und Synergien anzuschauen.

Frau Seeberger stellt anhand einer Power-Point-Präsentation vor, welche Bereiche bereits mit dem Thema beschäftigt sind.

Frau Steinrücke berichtet, dass der Antirassismus-Bericht im Fachbereich 4 aktuell erarbeitet wird.

Herr Müller verweist darauf, dass man diesen Antrag auf Anregung der Stabsstelle Integration gestellt habe.

Herr Candan begrüßt, dass hier eine genaue Prüfung erfolgen wird und stellt den Vertagungsantrag nach Abschluss der Prüfung.

Frau Akyurt begrüßt ebenfalls die gezielte Prüfung zur Bedarfsermittlung, bittet aber ausdrücklich darum dieses „ergebnisoffen“ vorzunehmen. Sie schlägt vor, dieses bis zur Sitzung im August zu vertagen und bittet zu dieser Sitzung die Ergebnisse vorzustellen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es keine Sitzung im August geben wird, da der komplette August in die Sommerferien fällt. Denkbar wäre stattdessen die Sitzung am 11.07.2023.

Herr Dr. Mischnik verlässt um 17.40 Uhr die Sitzung.

Herr Voht erklärt, in Lübeck sei zum Thema noch reichlich Luft nach oben, obwohl eben auch schon viel gemacht wird. Er begrüßt, die Stabsstellen auf den Prüfstand zu stellen und spricht sich daher ebenfalls für eine Vertagung aus.

Herr Müller-Lornsen spricht sich gegen eine Vertagung aus und bittet, über diesen Antrag in der jetzigen Sitzung zu entscheiden.

Herr Krause bittet ebenfalls um die abschließende Entscheidung, da der Antrag vermutlich abgelehnt werde, kann zu einem späteren Zeitpunkt ein neuer Antrag gestellt werden.

Herr Müller betont nochmals, dass die Steuerungsgruppe Integration gemäß diesem Antrag bereits einstimmig empfohlen hat und warnt vor einer weiteren Zeitverzögerung.

Frau Akyurt stellt noch einmal klar, dass es nur das Ziel sein kann, „wie können wir uns in diesem Thema besser aufstellen“. Das wird auch das Ziel der Steuerungsgruppe sein und daher warnt sie vor einer übereilten Antragstellung.

Sie bittet aber nochmals eindringlich darum, dass „eine **ergebnisoffene Darstellung**“ erfolgen soll, damit bis zum 11.07.2023 und damit rechtzeitig für die Stellenplananmeldung etwas vorliegen zu haben.

Frau Zeplin bittet ebenfalls um die Vertagung, damit der Antrag nicht jetzt abgelehnt wird.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss vertagt mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen den Antrag.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Vollzeitstelle "Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus" im FB2, konkret in der Stabsstelle Integration, zu errichten, oder mindestens die vorhandene Stelle zur Koordinierung des kommunalen Programms zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus e.V. entsprechend auf eine  $\frac{3}{4}$ -Stelle mit 29,25 Stunden zum 1. Januar 2023 aufzustocken.

Aufgaben sind die Entwicklung und langfristige Begleitung eines strategischen Handlungsprogramms gegen Rassismus und Diskriminierung, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Zusammenarbeit mit verwaltungsintern sowie -extern am Thema arbeitenden Akteur:innen, u.a. zum Aufbau von Netzwerkstrukturen und Ausrichtung der gemeinsamen Tätigkeiten sowie die Implementierung geeigneter Instrumente bzw. Umsetzung von Maßnahmen zum Abbau von Rassismus und Diskriminierung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales stimmt mehrheitlich für eine Vertagung.

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8 Verschiedenes**

Der Vorsitzende verkündet den Termin für die geplante Sondersitzung HGH am 14.02.2023 und den Termin für den Runden Tisch am 19.12.2022.

**zu 9 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:56 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 17. März 2023

Dr. Marek Lengen  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung